

## Heisse Klimadebatte bei der Kenntnisnahme des Strassenbauprogramms...

### Strassenprogramm Kanton Zürich (Thomas Wirth)

Es wurde heiss debattiert an diesem Montag, so heiss wie selten.

Aus der Diskussion um das Strassenbauprogramm entwickelte sich ein Schlagabtausch um die Klimaerwärmung, welche von bestimmten Kreisen als Fiktion abgetan wird, von grünliberaler (und grüner) Seite aber mit Fakten belegt wurde.

In der Hitze der Debatte ging ganz vergessen, worum es eigentlich ging, und auch vergessen, dass der Strassenbau auch zu Kulturlandverlust und Verlust an Biodiversität führt.

Jährlich präsentiert der Regierungsrat das Strassenprogramm für das kommende Jahr, also die Strassenbauten, die er realisieren will. Aus grünliberaler Sicht zeigte sich einmal mehr, dass der Regierungsrat nach wie vor auf veraltete Konzepte setzt. Anstatt einfach mehr Strassen zu bauen, wären innovativere Ideen gefragt. Nach wie vor fahren zu viele Pendler in alleine in grossen Fahrzeugen und verbrauchen dadurch Unmengen an Strassenraum und Ressourcen. Häufig würde beispielsweise eine Temporeduktion zu einer Kapazitätssteigerung führen, da der Verkehr gleichmässiger und ruhiger fließen würde. Auch Alternativen zum Auto, und damit ist nicht nur der ÖV gemeint, sondern auch Velos und Roller als Beispiele, würden ebenfalls zu einer besseren Ausnutzung des Strassenraums führen.

Zuwenig Gewicht legt der Regierungsrat zudem auf die Siedlungsverträglichkeit des Verkehrsraums. Die betroffenen Wohnquartiere würden an Lebensqualität gewinnen, aber das würde eine Abkehr vom gewohnten Planungsprozess bedeuten, was momentan leider noch nicht in Sicht ist. Nach wie vor auch zu bemängeln ist, dass der Strassenverkehr seine Kosten nach wie vor bei weitem nicht deckt. Der Grund liegt bei den Gemeindestrassen, die 70% der Kilometer ausmachen und vollumfänglich über die Gemeindesteuern finanziert werden. Diesen Fakt ignoriert die Strassenlobby mal um mal und richtet ihr Auge nur auf Kantons- und Nationalstrassen.

Es bleibt einmal mehr zu hoffen, dass aus finanziellen und zeitlichen Gründen nicht alle Projekte realisiert werden können.

### Härtefallkommission (Daniel Hodel)

Im Kanton Zürich gibt es seit einigen Jahren eine Härtefallkommission, die bei abgewiesenen Asylanten einen Zweitmeinung abgeben kann, die aber vom Bundesamt für Migration bestätigt werden muss. Asylentscheide sind Entscheide über Menschen und deren Schicksal. Aus diesem Grund ist eine solche Zweitmeinung in Härtefällen sinnvoll. Nun möchte aber eine Volksinitiative der SVP diese Kommission abschaffen. Das ist aber reines Schattenboxen. Denn der Regierungsrat hat auch ohne eine solche Kommission die Möglichkeit in Grenzfällen eine Zweitmeinung einzuholen. Eine Abschaffung würde also kaum zu einer wesentlichen Änderung bei der Fallzahl führen, und die ist jetzt schon bei nur rund 20 Fällen pro Jahr sehr tief. Dazu kommt, dass es sich bei diesen wenigen Fällen um wirkliche Härtefälle handelt und diese dann auch vom Bund gutgeheissen werden.

Wir Grünliberalen lehnen zusammen mit der Ratsmehrheit diese rein populistische Initiative klar ab. Das neben der SVP auch FDP und EDU mitmachen ist bedenklich, vielleicht aber auch eine Panikreaktion angesichts der anstehenden Wahlen.

### Unispital wie weiter

Das Unispital ist ein zentraler Bestandteil der Gesundheitsvorsorge nicht nur im Kanton Zürich. Vor kurzem hat sich der Regierungsrat dazu entschlossen, dessen Weiterentwicklung weiterhin primär am bestehenden Standort voran zu treiben.

Schade ist, dass der Regierungsrat nur das Ergebnis kommuniziert und nicht die zugrunde liegenden Daten und Entscheidungsprozesse. Eine Regierung sollte aber offen und nachvollziehbar aufzeigen, warum sie wie handelt. Auch ein gemeinsames Postulat von glp und EVP, das genau diesen Punkt ansprach, brachte hier nicht wirklich Neues. Schade, es wäre eine gute Gelegenheit gewesen, dringend notwendiges Vertrauen aufzubauen.